

Hiroshima und Nagasaki mahnen: Nein zur atomaren Teilhabe – Atomwaffen abschaffen – Atomwaffenverbot durchsetzen



Am 6. August 1945 wurde von den USA die erste Atombombe auf Hiroshima und am 9. August die zweite auf Nagasaki abgeworfen. Hunderttausende Menschen starben, teilweise nach langen Jahren an Spätfolgen. 80 Jahre später bedrohen die Atomwaffen weiterhin das Überleben der Menschheit.

Atomare Aufrüstung in Deutschland stoppen

Angesichts jüngster Forderungen aus CDU und AfD nach deutschen Atomwaffen droht das internationale System der nuklearen Rüstungskontrolle noch mehr destabilisiert zu werden.

Mit den Rufen nach atomarer Aufrüstung stellen sich CDU und AfD auch gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wie eine jüngste Umfrage gezeigt hat. Darüber hinaus würde Deutschland durch ein eigenes Atomwaffenarsenal selbst zum potenziellen Ziel eines nuklearen Angriffs werden. Deutschland muss hingegen eine Führungsrolle in der internationalen Diplomatie übernehmen und sich zu internationalen Verpflichtungen und nuklearer Abrüstung bekennen.

1968 unterzeichneten Großbritannien, die Sowjetunion und die USA als erste von inzwischen 188 Staaten den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Seit Jahrzehnten fordert die Friedensbewegung ernsthafte Schritte zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens, zu denen sich die Vertragsstaaten, somit auch Deutschland, in dem Vertrag verpflichten.

Der von Deutschland bisher nicht unterzeichnete, aber von der UNO-Generalversammlung vereinbarte Atomwaffenverbotsvertrag mit dem Ziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Bisher haben ihn bisher 94 Länder unterzeichnet und bereits 73 ihn ratifiziert. In diesem Vertrag werden Entwicklung, Produktion, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung, Test, Einsatz von und Drohung mit Atomwaffen verboten.

Das ist ein wichtiger Erfolg der weltweiten Friedensbewegung.

Atomares Inferno verhindern, statt „Kriegstüchtigkeit“

Die Abschaffung aller Atomwaffen ist die einzige Sicherheit gegenüber dem nuklearen Inferno, das die gesamte Menschheit bedroht, weitgehende Abrüstung in allen Bereichen ist dazu eine wichtige Voraussetzung. Das vom Bundestag beschlossene Aufrüstungsprogramm und die Propagierung von „Kriegstüchtigkeit“ entsprechen nicht der Mehrheitsmeinung unserer Bevölkerung. Die Menschen leiden weltweit unter Krieg, Verarmung, Hunger und Klimakatastrophen. In Deutschland droht durch die eskalierende Aufrüstung bei gleichzeitigen Haushaltskürzungen an anderer Stelle neues soziales Elend.

Mit dem Gedenken an die nuklearen Kriegsverbrechen in Hiroshima und Nagasaki fordern wir deshalb von der Bundesregierung:

- nukleare Abrüstung auf Basis des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen und einen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag;
- Abzug aller US-Nuklearwaffen aus Deutschland und Beendigung der „nuklearen Teilhabe“;
- die Beschaffung der atomwaffenfähigen F-35 Kampffjets zu stoppen;
- keine Stationierung von neuen, atomwaffenfähigen US-Raketen auf deutschem Boden;
- ein Ende des Rüstungswahnsinns und der atomaren Eskalation in Europa.

Kundgebung am Samstag, 9. August 2024 um 12:00 Uhr an der Paulskirche in Frankfurt

Mit Beiträgen von

> **Jürgen Wagner**, Informationsstelle Militarisation e.V. (Tübingen) - zu Aufrüstungsprogrammen und atomarer Bewaffnung Deutschlands

> **N.N.**, Goethe-Universität – über Forschung zu Massenvernichtungswaffen und heutigen Wissenschaftsbetrieb

Der Aufruf wird unterstützt von:

Spenden bitte auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt bei der Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90